

# Pforzheimer Zeitung

## PZ-news.de

---

11.10.2017

### Kulturhauptstadt bleibt weiter ein Thema

Pforzheim. Eine formale Abstimmung gab es nicht am Dienstagabend im Gemeinderat, aber in der Tendenz ließen Sprecher der CDU, SPD und Grünen Liste grundlegende Sympathie für erste Überlegungen in Richtung Kulturhauptstadt erkennen. Wie berichtet, hatte sich Kulturamtsleiterin Angelika Drescher am Freitag in Dresden wie die Vertreter einer Reihe von bewerbungswilligen Städten zu diesem Thema informiert. Das hatte eine heftige Debatte ausgelöst.

In der Gemeinderatssitzung hatte die bündnisgrüne Stadträtin Uta Golderer das sofortige Ende dieser Überlegungen gefordert und das Zitat der Kulturratsvorsitzenden Ute Rein vom „typischen Größenwahn einer Provinzstadt“ verwendet. Dagegen, dass eine Stadträtin selbst Pforzheim als Provinzstadt abqualifiziere, verwahrte sich Emre Nazi (Grüne Liste): So etwas wolle er über seine Heimatstadt nicht hören. Henry Wiedemann (SPD) und CDU-Fraktionschef Florentin Goldmann schlossen sich an. Goldmann verwies zudem auf erfolgreiche Beispiele deutlich kleinerer europäischer Städte mit einer solchen Bewerbung. Kulturbürgermeisterin Sibylle Schüssler brachte unter anderem die Bewerbung des etwa gleich großen Hildesheim ins Spiel und nannte die bislang in der Diskussion befindlichen Ausrichtungskosten von 50 bis 100 Millionen Euro abenteuerlich. Sie könnten, am Ende, auch bei einem Bruchteil liegen. Bereits konzeptionelle Überlegungen für eine solche Bewerbung könnten eine Stadt voranbringen, und schon die bisherige Berichterstattung über Pforzheim habe einen fünften Platz in der Suchmaschine Google eingebracht, das sei bestes Stadtmarketing, so Schüssler unter zustimmendem Nicken von OB Peter Boch.

Gestern teilte die Fraktion aus FDP und Freien Wählern mit: Man lehne Schüsslers „offensichtliche Pläne“ zur Kulturhauptstadt-Bewerbung ab. „Solche Millionenprojekte sind mit uns definitiv nicht zu machen, solange uns noch E-Mails erreichen, in denen soziale Träger, die gute Arbeit leisten, nicht wissen, ob sie weiterhin bestehen können, weil ihnen drei oder viertausend Euro gekürzt wurden“, so Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke. kli/pm

---